ich-bin-sauarm-Preis: **0,50 €**
mir-geht-es-nicht-schlecht-Preis: **1 €**
meine-Eltern-haben-Mercedes-Aktien-Preis: **100 €**

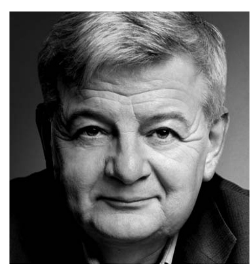
REVOLUTION

Zeitung der gleichnamigen kommunistischen Jugendorganistion ★ Nummer 13

Haben wir eine Wahl?

Schröder? SCHRERKEL?!? Merkel?

Wie grün sind die Grünen?



Fischer und Co. präsentieren sich als linke Öko-Partei. Aber sind sie links? Oder Öko? Ein Blick auf die Geschichte der Grünen.

» Seite 7

Für das Wahlrecht ab 16!



Jugendliche sind überdurchschnittlich politisch, aber bei der Bundestagswahl dürfen wir nicht mitmachen. Warum?

» Seite 5

Ein Hess-licher Anblick



Am 20. August gab es mehrere Naziaufmärsche zur Ehre des Hitlerstellvertreters Rudolf Hess. In Berlin waren 600 Nazis dabei.

» Seiten 8-9

www.onesolutionrevolution.de

Die Links-
Organisieren und

Am 18. September gibt es Bundestagswahlen.

Der Wahlkampf ist allgegenwärtig: Gelaber in den Talkshows, lächelnde Masken auf den Wahlplakaten, bunte Wahlkampfbusse mit den SpitzenkandidatInnen. Doch wer interessiert sich schon für diese Wahlen? Schrödermerkelfischerwesterwelle benutzen zwar leicht unterschiedliche Parolen, vertreten aber im Grunde dasselbe Programm: weitere Demontage der Sozialleistungen, Hetze gegen MigrantInnen, Abschiebung von Flüchtlingen, Aufrüstung der Bundeswehr, Einschnitte in demokratische Rechte. Keine der etablierten Parteien verspricht Verbesserungen, außer dem abstrakten Bekenntnis für „mehr Arbeit". In einer Zeit, in der deutsche Großkonzerne Rekordgewinne verbuchen, sollen „alle"den Gürtel enger schnallen.

Das heißt, bei der Wahl wird lediglich entschieden, welche Koalition mit welcher Mehrheit diesen Gürtel enger zieht.

Entsprechend wenig begeistert schauen Jugendliche auf diese Wahl – die meisten geben sich nicht mal die Mühe, die Wahlplakate der CDU zu beschädigen. Nicht weil wir „unpolitisc" sind, sondern weil wir in diesem System weniger Rechte haben. Wer unter 18 ist, darf nicht an der Wahl teilnehmen. Auch jenen Menschen, die keinen deutschen Pass besitzen, bleiben die Wahllokale versperrt. Wir fordern deshalb das uneingeschränkte Stimmrecht für alle hier lebenden Menschen ab dem 16. Lebensjahr! Wer alt genug ist, um für einen Billiglohn ausgebeutet zu werden, ist auch alt genug zum Wählen.

WIESO gibt es Neuwahlen?

Die Neuwahlen finden statt, weil die rot-grüne Bundesregierung kaum noch eine Basis in der Bevölkerung hat. In den letzten 7 Jahren haben Schröder, Fischer und Co. eine Verschlechterung nach der anderen für die Massen in der BRD durchgeführt. Mit dem Reformpaket „Agenda 2010" wurden bei allen Sozialleistungen massive Kürzungen vorgenommen. Jetzt brauchen die Herrschenden eine neue, stärkere Regierung, um weitere Verschlechterungen durchzudrücken: am besten CDU/FDP, notfalls auch eine Große Koalition aus CDU und SPD.

Jugendliche sind von den„Reformen" besonders hart betroffen: StudentInnen müssen 500 Euro oder mehr pro Semester zahlen, SchülerInnen müssen ihre Schulbücher selbst kaufen, über 100.000 Jugendliche bekommen keinen Ausbildungsplatz. Arbeitslose unter 25 musste die schärfsten Angriffe hinnehmen: wenn sie einen ein Ein-Euro-Job ablehnen, kann ihnen jede Form von Arbeitslosenunterstützung für bis zu drei Monate gestrichen werden.

Trotz der dauernden Klagen über die „leeren Kassen" wurden Milliarden ausgegeben, um für Konzerne und Spitzenverdiener die Steuern zu senken und die Bundeswehr aufzurüsten.

Diese Regierungspolitik hat große Zustimmung bei den deutschen Kapitalisten hervorgerufen, aber Millionen von ArbeiterInnen, die in der SPD „ihre" Partei sahen, haben sich deswegen von ihr abgewandt. Deshalb gab es die spontanen Montagsdemos, Massenproteste wie die am 3. April 2004, die Auseinandersetzungen in Betrieben wie Opel Bochum und BSH Berlin. Deshalb hat die SPD eine Landtagswahl nach der anderen sowie Hunderttausende Mitglieder verloren.

Jetzt wirkt es, als würde die SPD gegen sich selbst Wahlkampf machen. Nach Senkung des Spitzensteuersatzes von 53 auf 42 Prozent, was milliardenschwere Steuergeschenke für die Konzerne bedeutet, prangert die SPD „gewissenlose Unternehmer" und „wilden Kapitalismus" an. Nach den Hartz-IV-Reformen, die hunderttausende Arbeitslose in Armut und Zwangsarbeit gedrängt und allgemein die Löhne gedrückt haben, hat die SPD ihren Sinn für „soziale Gerechtigkeit" wieder entdeckt. Nachdem sie die Bundeswehr nach Afghanistan, Afrika und auf den Balkan geschickt hat, fordert sie jetzt „Friedenspolitik".

Bei den Grünen sieht es nicht anders aus. Nachdem sie einem Angriffskrieg gegen Jugoslawien und der Privatisierung der Kindertagesstätten zugestimmt haben, plakatieren sie Parolen über „Frieden" und „Familienpolitik". Auch aus dem versprochenen Atomausstieg wurde nichts – immer noch rollen Castortransporte durch die BRD. Trotzdem versprechen die Grünen weiter den Ausstieg, als hätten sie nicht eben 7 Jahren an der Regierung verbracht.

Aber all das täuscht nicht darüber hinweg: SPD und Grüne betreiben Sozialabbau.

WESHALB wird Sozialabbau betrieben?

Schröder hat immer wieder betont, dass es zu seiner Regierungspolitik „keine Alternative" gäbe. Ausnahmsweise müssen wir ihm zustimmen: wenn es der deutschen Wirtschaft gut gehen soll, dann müssen ArbeiterInnen und Jugendliche Verschlechterungen hinnehmen.

Auf dem Weltmarkt müssen deutsche Konzerne zunehmend direkt gegen ihre amerikanischen Konkurrenten auftreten – und sie haben einen massiven Nachteil, wenn ArbeiterInnen hierzulande höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten haben. Denn gegenwärtig werden die amerikanischen ArbeiterInnen noch viel stärker ausgebeutet: sie arbeiten im Durchschnitt fast 50 Stunden die Woche, mit 10 Tagen Urlaub im Jahr, für weniger Lohn.

In anderen EU-Ländern läuft das gleiche Programm ab: Abschaffung der 35-Stunden-Woche in Frankreich, Privatisierung des Gesundheitssystems in Britannien, Lockerung des Kündigungsschutzes in Italien usw. usf. Der Sozialabbau liegt in der Logik des globalen Kapitalismus und macht uns zu Leidensgenossen der ArbeiterInnen und Jugendliche in anderen Ländern. Es liegt also nicht an „schlechter Politik" und auch nicht daran, dass die Politiker böswillig sind

partei wählen? Lieber... selbst kämpfen!

(auch wenn sie es sind!).

Deshalb stimmen alle im Bundestag vertretenen Parteien mit der Agenda 2010 überein. SPD und Grüne wollen am „Reformkurs" festhalten, CDU/CSU und FDP wollen den Sozialabbau noch verschärfen.

Aber es gibt eine Ausnahme: Das Bündnis um die Linkspartei bildet sich aus der PDS und der WASG (letztere ist v.a. eine Gruppe von GewerkschaftsfunktionärInnen und Intellektuellen, die vor einem Jahr die SPD verlassen haben). Sie treten als „Opposition gegen den neoliberalen Einheitsbrei" auf.

Aber ist die Linkspartei so oppositionell, wie sie vorgibt? Die PDS sitzt in den Landesregierungen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, wo sie Hartz IV, Privatisierungen und weitere neoliberale Maßnahmen durchsetzt. Die Stars der Linkspartei, Lafontaine und Gysi, spekulieren schon darüber, unter welchen Bedingungen sie später mit der SPD eine Regierung bilden könnten. Das ist verständlich, denn sie haben nicht das Ziel, den Kapitalismus abzuschaffen, sondern wollen ihn nur etwas „menschlicher" gestalten.

Die Politik der Linkspartei ist nichts anderes als der Versuch, die alten sozialdemokratischen Rezepte der 70er und 80er Jahre wieder aufzuwärmen. Das sieht man selbst am Personal. Spitzenkandidat Lafontaine war Vorsitzender der SPD bis Ende der 90er Jahre. (In den letzten Jahren arbeitete er als Kolumnist für die rechte Bild-Zeitung und wurde so zum Millionär!)

Doch die Vorstellungen der Linkspartei von „sozialer Gerechtigkeit" sind genauso veraltet wie sie selbst – es ist der Versuch, große Teile der Bevölkerung durch eine kleine Beteiligung an den Gewinnen zufrieden zu stellen. Doch diese „soziale Marktwirtschaft" funktionierte bisher nur, weil die BRD ein reiches imperialistisches Land war und ist, sprich: es wurde auch über die Ausbeutung der Menschen in der „3. Welt" finanziert. Aber diese Vorstellung vom "gezähmten Kapitalismus" ist aufgrund der verschärften internationalen Konkurrenz nicht mehr möglich.

WARUM trotzdem Linkspartei wählen?

Die Linkspartei tritt offen gegen die Agenda 2010 und Hartz IV auf. Jede Stimme für sie ist eine Stimme der Ablehnung der CDU/SPD/FDP/Grünen-Politik.

Durch das Zusammengehen von PDS und WASG wird eine Neuformierung der Linken eingeleitet. Es werden Debatten stattfinden, welche Partei die Linke braucht. In dieser Situation ist es wichtig, dass junge Linksradikale und RevolutionärInnen sich mit ihren eigenen Konzepten einmischen.

Außerdem soll die Wahl der Linkspartei dazu dienen, ihre Wahlversprechen zu testen. Gysi und Lafontaine versprechen, eine wirkliche Opposition im Bundestag zu bilden und von dort aus den Widerstand auf der Straße zu stärken – das wollen wir natürlich auch! Jedoch saßen die meisten Linkspartei-PolitikerInnen schon jahrelang in Parlamenten – und was haben sie damals wirklich gemacht, um Protestbewegungen aufzubauen? Nichts!

Nach dieser Erfahrung glauben wir nicht, dass die PDS-WASG die „außerparlamentarische Opposition im Parlament" darstellen wird. Vielmehr werden sie die schlimmsten Auswüchse des Kapitalismus anprangern, um dann jede Art von Militarismus und Sozialabbau „protestierend" mit zu tragen. Aber das werden die Millionen Menschen, die aufgrund berechtigter Enttäuschung mit der SPD die Linkspartei wählen, nicht nur aus unseren Flugblättern lernen, sondern eher, wenn sie das selbst in der Praxis erleben.

DESHALB selbst aktiv werden!

Viel wichtiger als die Wahlergebnisse ist, was linke Jugendliche, MigrantInnen und ArbeiterInnen vor und nach der Wahl tun, um den Widerstand gegen die kommende Regierung – egal, wer sie stellt – zu organisieren. Diese Regierung wird sich über die Anti-Sozialabbau-Anträge einer linken Fraktion im Bundestag tot lachen. Sie wird aber weniger lachen, wenn ihr die ersten Streiks in Betrieben, Massenproteste gegen Sozialabbau, Verhinderung von Naziaufmärschen usw. entgegenstehen.

Um solche durchführen zu können, müssen wir Jugendliche die Wahlkampfperiode und die Formierung der Linkspartei nutzen, um eigene Strukturen aufzubauen: Anti-Sozialabbau-AGs auf Schulen, sozialistische Listen auf Unis, gewerkschaftliche Oppositionsgruppen in Betrieben, Antifa-Strukturen im Stadtteil. Das heißt Strukturen, die den Kampf gegen Sozialabbau, Rassismus und Krieg koordinieren und vorantreiben können. Unser Ziel ist es nicht, jeden Tag bis zur Unendlichkeit gegen Angriffe der Herrschenden zu protestieren – wir wollen das System stürzen, das solche Angriffe überhaupt notwendig macht.

Dazu müssen unsere demokratischen Strukturen die Gesellschaft verwalten, im Sinne der Bedürfnisse der breiten Massen und nicht der Profite einer kleinen Minderheit. Das geht aber nicht über das Parlament oder nur durch Wahlen. Dazu ist es notwendig, die Macht der Kapitalisten – ihre Polizei, ihre Armee, ihren Staat – zu zerbrechen und an ihrer Stelle eine weltweite sozialistische Gesellschaft aufzubauen.

Es geht darum, den 18. September sinnvoll zu nutzen: nicht (nur) im Wahllokal, sondern als Vorbereitung für die bevorstehenden Kämpfe gegen die kommende Regierung und gegen den Kapitalismus. Wahlen gibt es nur alle vier Jahre. Sich organisieren und Widerstand leisten – das kann man jeden Tag!

Wahlaufruf von REVOLUTION

Was ist eigentlich die ... Demokratie?

Sicherlich wird „die Demokratie“ als die der gegenwärtigen Gesellschaft angemessenste – „würdigste“ – politische Organisationsform empfunden. Über das Wesen der Demokratie wird damit jedoch mehr verschwiegen als gesagt.

Die geradezu allgegenwärtige Berufung auf die Demokratie ist Resultat der kapitalistischen Produktionsweise. Anders als in der Sklavenhaltergesellschaft oder im Feudalismus sind auch die Ausgebeuteten formal-rechtlich gleiche und freie Menschen. So wie der Arbeiter dem Kapitalisten als freier Verkäufer seiner Arbeitskraft gegenüber tritt, so hat auch (fast) jede/r die gleiche Stimme.

Hinter dieser formalen Gleichheit steckt jedoch eine umso tiefere Spaltung der Gesellschaft. Die bürgerlichen Demokraten verschweigen, dass wir in einer Klassengesellschaft leben. In dieser ist der „demokratische“ Staat eng verknüpft mit der Herrschaft einer bestimmten Klasse – es herrscht also keineswegs „das Volk“. Selbst die demokratischsten kapitalistischen Länder überlassen die militärische Macht einer ungewählten Gruppe von Generälen und Polizeichefs, die ökonomische Macht ungewählten Konzernaufsichtsräten und die politische Macht ungewählten BürokratInnen hinter den Kulissen.

Zwar gibt es „rechtliche Gleichheit“, aber selbst das Recht ist klassenabhängig. Oder anders: Es ist dem Millionär wie dem Obdachlosen verboten, ein Stück Brot zu klauen. Aber nur der Millionär hat das „Recht“, eine Bäckerei zu erwerben.

Auch demokratische Rechte wie das Wahlrecht mussten der herrschenden Klasse abgerungen werden. Ein bedeutender Teil der Lohnabhängigen und Unterdrückten – viele MigrantInnen und Flüchtlinge – sind bis heute selbst vom Wahlrecht ausgeschlossen.

Bürgerliche Demokratie ist in Wahrheit die Herrschaft der Minderheit (Kapitalisten) über die Mehrheit (ArbeiterInnen), und ist für die Kapitalisten die beste Möglichkeit, ihre Macht zu verhüllen.

Staat und Wirtschaft

Nicht einmal der größte Schwärmer der bürgerlichen Demokratie kann die Tatsache ignorieren, dass der Staat durch wachsende Staatsverschuldung, durch Personalunionen mit der Wirtschaft, durch Vertreter von Lobbygruppen in den Ausschüssen des Parlaments, durch Beraterverträge, durch Parteispenden der Wirtschaft, Public-Private-Partnership – die Liste ließe sich unendlich fortsetzen – übermäßig vom Kapital beeinflusst wird. Das Parlament ist nur Fassade. Hier wird nicht entschieden, denn Beschlüsse werden außerhalb, am „runden Tisch“ (und natürlich nur im Einvernehmen mit der Wirtschaft) gemacht.

> **De·mo·kra·tie** *(gr. dēmokratía)* Volksherrschaft, im Gegensatz zu Monarchie, Oligarchie, Diktatur. Heute wird die D. als die dem Menschen am würdigsten polit. Organisationsform empfunden, in der er auf Grundlage von polit. Freiheit und rechtl. Gleichheit seinen Willen zum Ausdruck bringt.

Die hochgepriesene „demokratische Willensbildung“ ist nur der Ausdruck des Willens einer handvoll Menschen. Was ist das für eine politische Freiheit, wenn wir alle paar Jahre ein Kreuzchen machen dürfen? Geht ein Wahlausgang auch mal nicht nach dem Willen des Kapitals, so trifft den Gewählten die volle Härte des Kapitals. Das passierte z.B. 1973 in Chile, als der demokratisch gewählte Sozialist Allende durch einen Militärputsch gestürzt wurde.

Die „Demokratie“ wird endgültig ad absurdum geführt, wenn wir passiv zuschauen müssen, wie die „Demokraten“ bei Vergehen oder dem Bruch von Wahlversprechen nicht sofort zur Rechenschaft gezogen werden können. Stattdessen müssen wir erst Jahre warten und die so genannten Vertreter des Souveräns setzen zusammen mit ihren Parteien Beschlüsse in Kraft, die negative Auswirkungen auf das Leben von Millionen haben. Sie sind nur dazu verpflichtet, im Club der Dummschwätzer ein wenig mitzumischen, ohne für die Ausführung ihrer Gesetze direkt verantwortlich zu sein. Einmal verabschiedet, schon vergessen. Aus den Augen, aus dem Sinn.

Die Regierenden

Die wahre Macht liegt nicht bei der Regierung, sondern beim Kapital. Es hat durch Standortverlagerungen, Entlassungen usw. mehr Einfluss auf das Leben der Menschen als eine Mehrheit im Bundestag. Die Demokratie endet am Werktor.

Was haben wir nun von Bundestagswahlen zu erwarten? In erster Linie nichts. Jeder kennt den Spruch: „Wenn Wahlen was verändern könnten, wären sie verboten.“

Also sollte man Wahlen boykottieren? Dies wäre eine Unterschätzung der Verhältnisse, denn auch das bürgerliche Parlament kann für den Klassenkampf genutzt werden. Andererseits kann es aber auch nicht den Kampf auf der Straße ersetzen. Wahlen sind nur ein Ausdruck der politischen Reife der Arbeiterklasse, nichts weiter.

In Zeiten massiver Angriffe auf die Bevölkerung, verschärfter Konkurrenz und imperialistischer Aufrüstung werden bürgerlich-demokratische Rechte weiter eingeschränkt – siehe Demonstrationsrecht, Video-Überwachung, EU-Verfassung usw. Das sind Maßnahmen gegen aktuellen oder zukünftigen Widerstand.

Um eine größtmögliche Demokratie zu schaffen, muss man also gegen den kapitalistischen Staat kämpfen und schließlich den Kapitalismus überwinden. An seiner Stelle wird der Arbeiterstaat errichtet, in dem die Mehrheit durch Organe direkter Demokratie herrscht.

Arbeiterdemokratie

Diese Demokratie wird vor der Wirtschaft nicht Halt machen. Der Kapitalismus zeigt, dass politisches Recht und ökonomische Macht nicht getrennt gesehen werden dürfen. Wer das Geld hat, hat die Macht; Wer die Macht hat, hat das Recht.

Nach der Revolution wird die Arbeiterklasse die Wirtschaft nach einem demokratischen Plan verwalten. Diese Arbeiterdemokratie findet ihren Ausdruck im Rätesystem – in einem System größter Demokratie der vorher unterdrückten Klasse. Wie jede Demokratie stellt auch die Rätedemokratie oder die Arbeiterdemokratie eine Form der Klassenherrschaft dar. Nur so kann verhindert werden, dass die Kapitalistenklasse wieder an die Macht zurück kommt.

Die proletarische Demokratie ist zentralistisch. Dies hat den Vorteil, dass man auf Veränderungen viel schneller und effizienter reagieren kann. Es gibt keine endlosen Wege bis zur Entscheidungsfindung mehr. Dadurch lässt sich auch die Wirtschaft viel bedarfsgerechter planen. Zudem können die RepräsentantInnen jederzeit abgewählt werden und sie bekommen nur den durchschnittlichen Lohn eines Arbeiters.

Dadurch, dass der Arbeiterstaat viel durchschaubarer sein und stark vereinfacht wird, kann jede/r ArbeiterIn administrative Aufgaben erfüllen. Der Arbeiterstaat verdient dann wirklich die Bezeichnung Demokratie. Aber auch diese Demokratie ist wie jede Staatsform ungerecht, den sie beruht auf Unterdrückung – wenn auch der Unterdrückung der Minderheit der Kapitalisten. Wir aber wollen eine Welt ohne Unterdrückung – wir wollen eine klassenlose Gesellschaft! Deswegen wird es im Kommunismus auch keine Demokratie mehr geben. Die Herrschaft des Menschen über den Menschen wird ersetzt durch die Selbstverwaltung aller.

von Okko aus Osnabrück

Für Wahlrecht ab 16!

Wenn wir in der Schule im Politik-Unterricht über Wahlen sprechen, dann wird von uns erwartet, dass wir eine eigene Meinung dazu entwickeln. Das versucht man so gut wie möglich, aber viele interessieren die Wahlen einfach nicht. Kein Wunder, denn mitentscheiden dürfen wir eh nicht.

Genauso wenig demokratische Rechte hat man als JugendlicheR, wenn es darum geht, den Lehrplan zu kritisieren, geschweige denn, ihn abzulehnen. Auch in der Familie ist man seine ganze Jugend lang eingesperrt. Wenn man z.B. mit dreizehn ausziehen wollte, bräuchte man einen triftigen Grund. Nur zu sagen, die Alten nerven, reicht da nicht. Uns Jugendliche beutet man auch stärker aus, indem wir fürs Jobben noch weniger Geld als Normalangestellte bekommen.

In der Schule wird uns beigebracht, wie wir den vorgegebenen Stoff am besten lernen, ohne darüber nachzudenken, was uns da eigentlich eingebläut wird. Den SchülerInnen wird also von vornherein vorgeworfen, sie seien unfähig zum Denken. Deshalb macht man uns Vorgaben, die wir einzuhalten haben – um eigene Entscheidungen zu treffen, seien wir ja noch zu jung.

Die Schule im Kapitalismus ist darauf ausgelegt, dass man nicht selbstständig denkt. Damit wir das nicht mitkriegen, gibt es scheindemokratische Elemente wie z.B. die Schülervertretung (SV). In ihr wirken nicht nur SchülerInnen mit, sondern auch Eltern und VertreterInnen der Schule, die dann das eigentliche Sagen haben. Welch ein Widerspruch: Tausende von SchülerInnen werden in der SV vertreten, aber letztendlich müssen sich zwei Schüler-VertreterInnen eine Stufe höher dem Direks und ein paar Eltern unterordnen! Die Schülervertretung ist nur eine scheindemokratische Institution. Die Meinungen der SchülerInnen werden zwar vertreten, aber entschieden wird nicht von der Schüler-Basis, sondern ganz oben. Dabei vertritt der Direks nicht einfach nur sich selbst oder die Lehrer, sondern das Bildungsministerium, also den bürgerlichen Staat, hinter dem wiederum die Kapitalisten stehen. Genau wie in einer Fabrik, in der der „Arbeitgeber" entscheidet, was produziert wird und nicht die „Arbeitnehmer" (die ja eigentlich ihre Arbeit dem Boss geben). Genau wie in der ganzen Gesellschaft, in der eine handvoll Kapitalisten hinter den Kulissen entscheiden, was produziert wird und was nicht. Die Schule im Kapitalismus ist darauf ausgerichtet, den SchülerInnen das beizubringen, was für die Wirtschaft, also die Kapitalisten wichtig ist.

16

Jugendliche haben eigene Gedanken und sie wollen und können sie auch eigenständig umsetzen. Das hat mensch ja bei den Anti-Kriegs-Protesten 2003 gesehen. Trotz Ermahnung „ihr bekommt einen unentschuldigten Fehltag auf dem Zeugnis, wenn ihr dahin geht!" haben sich die meisten nicht unterkriegen lassen und ihre Stimme erhoben. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber er sollte viel weiter gehen. Man muss sich jeden Tag in die Politik einmischen, vor allem am Wahltag.

Warum sollten nicht auch schon Jugendliche wählen dürfen? Keine Partei im Bundestag fordert das Wahlrecht ab 16. Warum? Weil wir am rebellischsten und am kritischsten sind. Wir sind diejenigen, die als erstes auf Demos anzutreffen sind, die sich am ehesten beschweren. Aber das nützt uns nichts, so lange wir nicht auch mitentscheiden dürfen! Wenn wir mit 16 alt genug sind zum Arbeiten, dann sind wir auch mit 16 alt genug, um zum Wählen! Oder?

Es reicht aber nicht aus, das Wahlrecht ab 16 zu fordern. Es muss darüber hinaus die Scheindemokratie der kapitalistischen Gesellschaft kritisiert werden. Nehmen wir mal an, das Wahlrecht ist durchgesetzt – dann existieren aber immer noch Wahlen, wo man keine Wahl hat. Es gibt keine direkte Verbindung zwischen WählerInnen und Gewählten. Also woher soll die Linkspartei.PDS, die SPD o.a. Parteien wissen, was wir wirklich wollen? Sie schlagen ihre Politik zum Zwecke der Wirtschaft vor und entweder wir nehmen sie an oder wählen halt jemand anders, der im Grunde dasselbe will.

Wir müssen unsere Interessen selbst vertreten! Das geht nur, wenn man die versteckte Diktatur der Kapitalisten bekämpft und an ihre Stelle die Selbstverwaltung der ArbeiterInnen setzt. Deshalb sollten wir damit anfangen – uns eigenständig organisieren und für unsere Rechte kämpfen.

Wir fordern deshalb nicht nur das Wahlrecht ab 16, sondern auch:

★ dass Jugendliche die Möglichkeit haben, ihre Leben selbst zu gestalten. Das bedeutet direkte Demokratie in der Schule, der Ausbildungsstätte und in allen Bereichen, wo Jugendliche sind, was natürlich auch viel früher als mit 16 beginnen müsste.

★ Bestimmung des Lehrplanes von Seiten der SchülerInnen und Eltern, wobei die Schülerstimme mehr zählt als die der Eltern,

★ Entscheidung des Wohnortes, d.h. jeder darf wohnen, wo und mit wem er/sie will.

★ das System muss abgeschafft und durch ein „jugendfreundliches" ersetzt werden!

von Sol aus Bernau (nicht wahlberechtigt)

Wahlrecht für Nicht-Deutsche!

„Nicht-Deutsche sollen grundsätzlich weniger Rechte haben als Deutsche." So oder so ähnlich lautet die Stellung der politischen Herrschaftskaste der BRD zum Thema Wahlrecht für AusländerInnen – auch wenn zur Zeit nur die Nazis es in dieser zugespitzten Form sagen.

Täglich drückt das System Menschen ohne deutschen Pass diese Rechtlosigkeit auf indem es auf Grundlage von Nationalität Arbeitsplätze und noch wichtiger das Bleiberecht vergibt. oder verweigert So verhält es sich auch mit dem Wahlrecht: Wer nicht zum Blut und Boden der Nation gehört, hat hier auch nichts zu melden – so lautet der Tenor besonders bei den Parteien mit dem „C" der ach so christlichen Nächstenliebe; CDU und CSU. NPD, DVU und Republikaner sind stolz darauf, dass all die „Schmarotzer" hier wenigstens nicht wählen dürfen.

Doch auch der Rest der bürgerlichen Parteienlandschaft sieht nach karger Wüste aus, geht es um die einfache Forderung danach, dass Menschen, die in einem Land wohnen auch mitbestimmen dürfen, was in ihm geschieht. Lediglich die Grünen und die Linkspartei setzen sich an und wann zaghaft für ein Ausländerwahlrecht ein.

Dies besteht auf Kommunalebene für EU Bürger auch bereits seit einiger Zeit, ist jedoch völlig unzureichend, da es einer Französin oder einem Italiener das Recht gibt, einen Bezirksbürgermeister zu wählen, nicht aber der afghanischen Flüchtlingsfamilie das Recht, gegen das rassistische Abschiebesystem zu wählen.

Als mittelfristiges Ziel gilt es, allen Menschen die in Deutschland leben das Recht auf Wahlen auf jeder Ebene zu erkämpfen. Langfristig gilt es jedoch, unsere eigenen Wahlen veranstalten zu können. Ohne vier, fünf sechs Parteien die alle in einer anderen Tonlage „Sozialabbau" schreien, sondern basis- demokratisch, jeder Rat für sich.

von Domai aus Schöneberg (nicht walberechtigt)

Die „neue Linkspartei“ ist kaum mehr die alte PDS, die eine lange Geschichte hat

Vom Stalinismus zur Sozialdemokratie...

Als im Dezember 1989 Hunderttausende Menschen auf den Straßen der DDR das Ende des Honeckerregimes feierten und die sofortige Wiedervereinigung mitsamt D-Mark zu fordern begannen, trat die alte Staatspartei SED an um sich vom Mief der Ulbricht- und Honeckerjahre zu befreien. Über 2.000 Delegierte versammelten sich damals im Sportforum Hohenschönhausen um darüber zu diskutieren, wie es nun weiter gehen sollte.





Da die alte Staats- und Parteiführung bereits in den vorhergehenden Monaten zum Teufel gejagt worden war und teilweise sogar schon im Gefängnis saß, musste sich der Parteitag eine neue (unbefangene) Führung geben. Relativ schnell hatte sich ein Trio, bestehend aus dem damaligen DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow, dem noch relativ unbekannten Berliner Anwalt Gregor Gysi und dem Chef des Robotron-Kombinates Wolfgang Berghofer an die Spitze gesetzt. Berghofer sollte aber nur einen Monat später zur SPD überlaufen.

Die neue Führungsriege hatte eine fast unlösbare Aufgabe zu erfüllen: Sie musste die Partei zusammenhalten. Deshalb versuchte sie auch eine Neugründung der KPD zu verhindern, die von vielen Alt-Stalinisten in der Partei gefordert worden war. Als Kompromiss entstand im Januar ‘90 das Modell der „Kommunistischen Plattform“, in der bis heute ca. 2000 alte und neue – aber vor allem alte – Stalinisten dem SED Regime und seinem Repressionsapparat hinterher trauern.

„Wir sind ein Volk!“

Politisches Ziel der SED-Führung war es, den besten Preis für die DDR und ihre Führungsschicht herauszuschlagen sowie den Ausverkauf wenigstens „sozial abzufedern.“ Man trat für „gerechte“ Umrechnungskurse bei Einführung der D-Mark ein und machte der Sozialdemokratie Koalitionsangebote, was diese aber strikt ablehnte.

Im März 90 dann ließ die Partei den Namen SED völlig fallen und taufte sich um in „Partei des demokratischen Sozialismus“ (PDS).

Schon kurz nach der Einheit versuchten die „Postkommunisten“ den Schritt nach Westen zu gehen, der jedoch gründlich misslang. Außer einigen DKP- und K-Gruppen-Mitgliedern war für die PDS nichts zu holen, was zur Folge hatte, dass die Partei in der Öffentlichkeit aber auch von ihren WählerInnen eher als eine ostdeutsche, als eine sozialistische Partei wahrgenommen wurde.

„In der Verantwortung“

In den neunziger Jahren versuchte sich die PDS als soziale Protestpartei, die auf dem Boden des kapitalistischen Grundgesetzes steht, zu profilieren. PDS-Aktivisten beteiligten sich in der Antifa-, der Friedens-, der Anti-Atom-, und der Bürgerrechtsbewegung, vor allem aber an Protesten gegen Sozial- und Stellenabbau. Gleichzeitig wurde der Druck der Medien und der Staatsorgane immer stärker. Die Partei wurde 1994 faktisch enteignet, als die Treuhand der PDS das Recht auf das ehemalige SED-Vermögen absprach. Auch Stasi-Vorwürfe en masse, oft kombiniert mit Berufsverboten, mussten viele GenossInnen über sich ergehen lassen.

Doch 1994 bekam die Partei eine Chance Politik „aktiv mitzugestalten“, die sie sich nicht entgehen ließ. Nachdem SPD und Grüne bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt die Mehrheit verfehlt hatten, baten sie die PDS um die Tolerierung ihrer Minderheitsregierung, was diese auch tat. Dieses „Magdeburger Modell“ bedeutete nichts anderes, als dass die PDS in den darauf folgenden acht Jahren sämtlichen Sparhaushalten und Sozialabbauprogrammen zustimmte, ohne selbst an der Regierung beteiligt zu sein. Sachsen-Anhalt war aber nur ein Probelauf für das was noch kommen sollte. 1998 nämlich war es dann soweit. Die PDS trat in die Regierung von Mecklenburg-Vorpommern ein und wurde so endgültig salonfähig für die SPD, die so im Osten, auf Landesebene, einen starken Partner für ihre asoziale „Reformpolitik“ fand.

Den vorläufigen Höhepunkt erreichte diese Entwicklung 2001 mit der Bildung der „Rot-Roten“ Koalition in Berlin sowie den bekannten Folgen wie Erhöhung der Kita-Gebühren, Abschaffung der Lernmittelfreiheit, Preiserhöhungen bei der BVG und so weiter.

Hingegen in den Ländern wo die PDS nicht regiert und auf Bundesebene tritt sie als „konsequente“ Oppositionspartei auf und ist nicht selten bei Protesten zu sehen, z.B. gegen Fahrpreiserhöhungen und die Privatisierung der Bildung.

„Die Linkspartei“

So nennt sich die PDS heute und versucht sich als eine neue, dynamische Kraft zu präsentieren. Jedoch beweist ihre Geschichte, dass die Befreiung der Menschen, der Sozialismus nicht in Parlamentssitzungen und Ministerrunden erkämpft werden kann. Im Gegenteil: durch die Beteiligung an bürgerlichen Regierungen macht man sich selbst zu einem Teil des Unterdrückungsapparats. So ensteht das Paradox, dass die PDS zwar irgendwann den Sozialismus erreichen will, aber heute halt die Sozialsysteme in Berlin abbauen muss...

Wenn wir Sozialismus wollen, brauchen wir einen revolutionären Kampf auf den Strassen, in den Betrieben, in den Schulen und auf den Unis. Denn Sozialismus ist das, was wir draus machen!

von Carsten aus Lichtenberg

Die alte neue Linkspartei...

Vor 25 Jahren traten die Grünen auch als „neue Linkspartei" auf die politische Bühne der BRD

Mitte bis Ende der 1970er Jahre formierte sich eine neue Partei: Die Grünen. Als Zusammenschluss von Gruppierungen vor allem aus den „neuen sozialen Bewegungen" verstand sie sich als „Anti-Parteien-Partei". Trat sie noch 1979 unter „Sonstige politische Vereinigung DIE GRÜNEN" mit Petra Kelly und Herbert Gruhl als SpitzenkandidatInnen bei der Europawahl an und erreichte 3,2 Prozent der Stimmen, gründete sich am 13. Januar 1980 in Karlsruhe die Bundespartei DIE GRÜNEN. Beschrieben hat sie sich damals mit den Schlagworten: sozial, ökologisch, basisdemokratisch und pazifistisch.

Die Fraktionen

In den nächsten Jahren vollzog sich eine Fraktionierung in Fundamentalisten (Fundis) und Realpolitiker (Realos). Die Fundis stellten den linkeren Flügel der Grünen dar, wobei sie nicht immer links waren – z.B. viele Fundis redeten einer Entindustrialisierung der Gesellschaft und einem naiven, fortschrittsfeindlichen Naturalismus das Wort. Im Gegensatz zu den Realos standen die Fundis einer Regierungsbeteiligung kritisch gegenüber.

Kaum hatten Die Grünen jedoch beachtliche regionale Wahlerfolge in Frankfurt und Hessen, veränderten die Realos ihre Ausrichtung und Joschka Fischer trat im Herbst 1982 den Grünen bei. Er erklärte ausdrücklich, seinen Eintritt in Die Grünen mit der Kandidatur für einen Bundestagslistenplatz zu verbinden. Mit dem Beitritt Fischers erlebte der Frankfurter Kreisverband der Grünen eine Beitrittswelle, welche Joschka Fischer auf einen aussichtsreichen Platz für die Bundestagskandidatenliste 1983 wählten.

Die Fundis prangerten dies verbittert als Verrat an den „urgrünen Positionen" an. Trotz der Spaltung zogen die Grünen 1983 mit 5,6% der Zweitstimmen und 27 Abgeordneten erstmals in den Bundestag ein und Joschka Fischer wurde 1985 hessischer Umweltminister. Obwohl die Fundivertreterin Jutta Ditfurth von 1984 bis 1988 Bundesvorsitzende der Grünen war, wurden die Positionen der Realos immer mehr zur Position der Gesamtpartei. Dies führte dazu, dass 1990, nachdem die Grünen den Einzug in den Bundestag verfehlten, die bekanntesten VertreterInnen des linken Flügels, wie Rainer Trampert und Thomas Ebermann, im Jahr 1991 dann die „Radikalökologen" um Jutta Ditfurth, die Partei verließen.

Die Mitte

In den 1990ern entwickelten sich Die Grünen immer mehr zu einer Partei der Mitte, bis sie letztendlich im Jahr 1998 zusammen mit der SPD die Regierung stellte. Ihre oben beschriebenen Schlagworte nahm sie demnach nicht wirklich ernst. Das Mittragen des Reformenpaketes Agenda 2010 widerlegte ihren Anspruch „sozial" zu sein und mit der Zustimmung zum Kosovo-Krieg sieht mensch, dass auch der grüne Pazifismus im „Ernstfall" bei der Vaterlandsverteidigung landet. Die Grünen sind inzwischen auch nicht mehr basisdemokratisch, weder nach außen noch nach innen.

Der Weg der Grünen von der „außerparlamentarischen Opposition in die Regierung spiegelt nicht einfach die Abkehr von ihren „alten Werten" wider, sondern hat auch etwas mit der sozialen Basis der Grünen zu tun, die sie von Beginn an hatte. Im Verlauf ihrer Geschichte hatte die Partei aus der Arbeiterklasse so gut wie keine Unterstützung. Schaut mensch sich die Wählerschaft der Grünen an, wird erkennbar, dass diese WählerInnen als „überdurchschnittlich gebildet" gelten (62% Abitur oder Fachhochschulreife) und ein überdurchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen von 2317,- Euro aufweisen.

Die Basis

Schauen wir uns in der Parteienlandschaft um. Bildet sich doch just in dieser Zeit eine Partei mit dem tollen Namen „Linkspartei". Sie verspricht uns, eine wirkliche Alternative zu den bereits bekannten Parteien zu sein. Aber nimmt die Neuformierung aus WASG-Kandidaten und PDS ihre Positionen ernster als es die Grünen taten?

Der Unterschied zu den Grünen ist deutlich erkennbar, die Linkspartei hat ihre soziale Basis zum großen Teil in der Arbeiterklasse. So stellen sie sich mit Forderungen wie 1400 Euro Mindestlohn, Umverteilung des Reichtums, Besteuerung der Reichen, Rücknahme von Einschnitten bei den Bürgerrechten, Reduktion der Rüstungsausgaben usw. zur Wahl.

Doch wie am Beispiel der Grünen gezeigt, kann eine sich formierende Partei schnell integriert werden. Die SpitzenkandidatInnen dieses „Wahlvereins" sind Lafontaine und Gysi. Beide haben schon jahrelang in Parlamenten gesessen und Regierungsämter ausgeübt.

Ihr Programm verspricht natürlich viele Verbesserungen für die Massen. Aber wenn die Linkspartei ins Parlament gewählt wird, werden viele Versprechen dem „Realitätssinn" weichen. Das ist eben Reformismus: mensch will eine gerechtere Politik machen, ohne die Rahmen des kapitalistischen Systems zu verlassen, was notwendigerweise Unterordnung unter diesem bedeutet. Deshalb brauchen wir eine Basisbewegung, die ständig kontrolliert, was für eine Politik die ParlamentarierInnen vertreten. Diese Aufgabe kann auf keinen Fall dem bürokratischen Parteiapparat überlassen werden. Sonst wird sie die Entwicklung der Grünen wiederholen, und alle von den künftig regierenden Parteien verabschiedeten Reformen unter geringfügigen „verbalen Protesten" letztendlich mittragen.

Es wäre nicht das erste Mal in der Geschichte, dass eine Arbeiterpartei ihre Basis vergisst, verrät und verkauft! Aus diesem Grund ist es wichtig, sich selbst zu organisieren für den Kampf gegen den Kapitalismus, und sich nicht auf ParlamentsvertreterInnen oder den Parlamentarismus an sich zu verlassen!



von Salvador aus Neukölln

Kein Fußbreit den Faschisten!

Flugblatt von REVOLUTION zu den Naziaufmärschen am 20. August

Seit dem 8. Mai gibt sich der Staat „antifaschistisch". Selbst der Wunsiedeler CSU-Bürgermeister will keinen Nazi-Aufmarsch zum Hess-Grab, denn Fascho-Pilger und Hess-Gedenkfeiern gelten der „wehrhaften Demokratie" des modernen deutschen Imperialismus als rufschädigend.

Doch ihr eigentliches Wesen führt diese Demokratie, führen der deutsche Staat und das kapitalistische System täglich vor Augen: imperialistische Besatzung Afghanistans und des Balkans; Formierung der EU als imperialistischer Block, um besser mit den USA konkurrieren zu können; Umstrukturierung der Bundeswehr zur Interventionsarmee; rassistische Abschottung gegen MigrantInnen aus Osteuropa, dem Nahen Osten und Afrika; Zerschlagung sozialer Sicherungssysteme; Massenentlassungen und Lohnkürzungen. Beckstein spricht der türkischen Bevölkerung und Kultur in lupenrein rassistischer Manier jede „EU-Tauglichkeit" ab. Schily will Sammellager für MigrantInnen in Afrika aufbauen.

Radikal?

Die NPD und die Naziszene knüpfen daran an und radikalisieren diese Forderungen nach innen.

Der „Anti-Kapitalismus" der Nazis ist reaktionär. Er verbindet ein Anprangern der Krisen, von Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, usw.mit einer Unterscheidung der guten, „deutschen" von den schlechten, „kosmopolitischen", „jüdischen" oder „islamistischen" Elementen. Dieser "Anti-Kapitalismus" beruht auf eine Kritik an verschiedenen Erscheinungen des Kapitalismus – z.B. „die" Globalisierung" –, verschleiert aber, dass diese Erscheinungen nur als Produkt einer Klassengesellschaft und eines weltweiten Ausbeutungssystems zu erklären sind.

Der (potentielle) Erfolg der Nazis liegt ein Stück weit darin, dass sie die Verlogenheit der offiziellen bürgerlichen Politik – von SPD/Grünen über CDU/CSU, FDP – angreifen und deren Forderungen in zugespitzter Form propagieren bzw. auf der Straße umsetzen.

Der Erfolg der Nazis ergibt sich auch daraus, dass die vermeintliche Opposition zu den herrschenden Verhältnissen aus dem „linken" Lager diese nicht wirklich angreift, sondern suggeriert, dass einige richtige Reformen aus der keynesianischen Mottenkiste von DGB und Linkspartei ausreichen würden, um den Kapitalismus „sozial" zu gestalten.

Die Nazis verknüpfen eine schein-radikale Kritik an Parlament und „Kapital" mitrassistischer und imperialistischer Ideologie und der Idee der „Volksgemeinschaft". Ihre Methoden zielen auf die Vernichtung jeder Opposition, vor allem der Arbeiterbewegung.

Genau aus diesem Grund könnten die Nazis für die Rettung der bürgerlichen Herrschaft in Zukunft wieder interessant werden. Heute ist eine faschistische Diktatur zwar nicht die bevorzugte Herrschaftsform der deutschen Bourgeoisie, eine reale Gefahr für MigrantInnen, Linke, Jugendliche stellt die Nazi-Bewegung trotzdem schon heute dar.



Staatlich?

Gegen diesen realen Terror schreitet der bürgerliche Staat nicht oder nur zum Schein ein. Aufmärsche, die das mediale Bild vom demokratischen Deutschland nicht stören, wie am 1. Mai in Magdeburg, werden von den Bullen verteidigt, AntifaschistInnen und Linke hingegen weggeprügelt. Gegen Aufmärsche mit internationaler Medienwirkung feiert sich die so genannte Zivilgesellschaft mit „Meilen der Demokratie" oder Toleranzfesten, ohne dabei die Ursachen des aktuellen Rechtsextremismus anzusprechen oder gar anzutasten. Unter dem Deckmantel der Demokratie und der Meinungsfreiheit werden die Nazis mit Hilfe riesiger Polizeiaufgebote geschützt.

Wir müssen uns selbst gegen die Faschisten organisieren und ihnen jede Öffentlichkeit streitig machen – d.h. wir müssen ihrem Kampf um die Köpfe, die Parlamente aber auch um die Straße entschieden entgegentreten. Wir treten daher für Selbstverteidigungsgruppen gegen faschistische und rassistische Angriffe ein. Wir fordern alle linken Organisationen, Migrantenorganisation und die Arbeiterbewegung dazu auf, diesaktiv zu betreiben oder zu unterstützen!

Vor allem aber kommt es darauf an, den Faschisten den sozialen Nährboden zu entziehen. Eine antifaschistische Strategie, die vom Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus losgelöst ist, ist zum Scheitern verurteilt.

Erfolgreich können wir nur sein, wenn wir den Widerstand gegen die Angriffe von Kapital und Regierung vorantreiben und mit der Perspektive des Sturzes des Kapitalismus verbinden.

ONE SOLUTION – REVOLUTION!

Ein Hess-licher Anblick


Am 20. August gab es mehrere Naziaufmärsche zur Ehre des Hitlerstellvertreters Rudolf Hess

Alljährlich finden in Wunsiedel in Nordbayern Gedenkmärsche anlässlich des Todestages des Kriegsverbrechers Rudolf Hess statt. Diese stellen ein besonders offensichtliches Beispiel für NS-Verherrlichung dar.

In den letzten Jahren hat sich der Hess-Gedenkmarsch sich zu einem der wichtigsten Treffpunkte der deutschen und internationalen Naziszene entwickelt. An dieser Demonstration, die seit 2001 legal im Ort Wunsiedel durchgeführt werden darf, nahmen im letzen Jahr etwa 4.800 Personen aus 20 Ländern teil.

Rudolf

Der Bezug auf Hitlerstellvertreter Rudolf Hess bietet die Möglichkeit, direkt einem Protagonisten des Dritten Reiches zu huldigen, ohne staatliche Repressionen fürchten zu müssen. Der fanatische Antisemit Rudolf Hess bietet sich als Identifikationsfigur für die nationalsozialistisch orientierte Bewegung an, weil sein Name mit verschiedenen Mythen verknüpft ist. Hess wird als das personifizierte Deutschtum glorifiziert („treu bis in den Tod"). Im Prozess gegen die 22 Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg erklärte er: „Ich bereue nichts. Stünde ich wieder am Anfang, handelte ich wieder, wie ich gehandelt habe, auch wenn ich wüsste, dass am Ende ein Scheiterhaufen für meinen Flammentod brennt."

Weiterhin wird Hess von den heutigen Nazis zum „Friedensflieger" umgelogen, weil er im Mai 1941 nach Schottland flog, um dort einen Separatfrieden mit Großbritannien abzuschließen,weil er angesichts des bevorstehenden Angriffs auf die Sowjetunion einen Zweifrontenkrieg vermeiden wollte. Er habe eigentlich den Frieden gewollt, aber der Krieg sei Deutschland von den Alliierten aufgezwungen worden. Damit wird das Hitlerregime als Opfer einer internationalen Verschwörung dargestellt. Der dritte Mythos rankt sich um den Selbstmord Hess', welcher von heutigen Nazis als Mord britischer Agenten beweint wird.

Beim Hessmarsch finden Nazis unterschiedlichsten Alters und Couleur in ihrer Verherrlichung des Nationalsozialismus zusammen. Seit dem Jahr 2003 ist die NPD auch offiziell dabei und 2004 liefen der NPD Bundesvorsitzende Udo Voigt und NDP-Fraktionsvorsitzender im sächsischen Landtag Holger Apfel nebeneinander an der Demonstrationsspitze.

Verbot

Die diesjährige Hess-Demo, geplant für den 20. August, wurde vom Bundesverfassungsgericht (BVG) verboten. Spätestens am 17.8. war klar, dass am Samstag kein Nazi in Wunsiedel zu sehen sein wird. Die Kampagne „NS-Verherrlichung-Stoppen" hat trotzdem an dem Antifa-Action-Day festgehalten. Ihr ging es an diesem Tag hauptsächlich darum, zu verhindern, dass der Hauptort des „Trauerns" besetzt wird. Das Konzept, für das die Kampagne ein Jahr lang mobilisiert hatte,beruhte auf der Idee,die Stadt und den antifaschistischen Protest nicht der so genannten „Zivilgesellschaft" (also der CSU und anderen bürgerlichen Parteien) allein zu überlassen.

Letztes Jahr standen 350 AntifaschistInnen fast fünf tausend Nazis gegenüber. Aber die breite Kampagne dieses Jahr konnte das Thema Wunsiedel wieder präsent machen. Die bundesweite Mobilisierung von über 40 Bussen hat erst dazu geführt, dass der Aufmarsch verboten wurde.

Ob dieses Verbot aufrecht gehalten wird, ist nicht sicher, da das BVG angekündigt hat, seine Entscheidung vom 17.8.05 noch einmal zu prüfen. Es ist also möglich, dass ein Urteil im nächsten Jahr ganz anders ausfallen kann.

Dieses Jahr jedenfalls – das machte das BVG klar – waren Nazis in Wunsiedel unerwünscht. VertreterInnen etablierter Parteien nutzten diesen Tag für eine so genannte „Meile der Demokratie", jedoch ging es in erster Linie um die Propagierung der guten alten Totalitarismustheorie, wonach links und rechts gleichermaßen zu bekämpfen wären. Zum Beispiel sprach CSU-Staatsminister Werner Schnappauf in seinem Grußwort auf dem Marktplatz in Wunsiedel nicht von Neonazis, sondern von „Radikalen, die wir aus unseren Städten treiben müssen" – wohl auch an die AntifaschistInnen gerichtet, durch deren Zwischenrufe er sich gestört fühlte.

Während sich Wunsiedel mit gerichtlicher Hilfe „bunt statt braun" feiern konnte, kam es in anderen Städten zu rechten Aufmärschen. In Berlin haben rund 600 Nazis von den sog. „freien Kameradschaften" gegen das Verbot der Hess-Gedenk-Demo in Wunsiedel am gleichen Tag demonstriert. Die Demo ging vom Alexanderplatz zum Bahnhof Lichtenberg, quer durch den überwiegend linken Bezirk Friedrichshain. Die Versammlungsbehörde hatte angekündigt, bei jeglicher Bezugnahme zu Heß sofort einzuschreiten und den Aufzug aufzulösen, hielt sich aber zurück. Am Rande des Aufmarsches protestierten lautstark Demonstranten gegen die Provokation der Neonazis, wobei die Polizei mit Platzverweisen und teilweise auch mit Schlagstöcken vorging.

Klein

Leider waren nur wenigeund sehr versprengte antifaschistische GegendemonstrantInnen auf der Straße, so dass der Naziaufmarsch mehr oder weniger störungsfrei durchgeführt werden konnte. Nur vor dem Rathaus Lichtenberg kam es zu einer Straßenblockade, die aber schnell von der Polizei weggeprügelt wurde. (Dafür haben sich die Nazis bereits per Internet bei der Berliner Polizei bedankt!)

Erst am Abend, als die Busse aus Wunsiedel wieder da waren, fand eine geschlossene und lautstarke Antifa-Demo durch Lichtenberg statt. Mit Parolen wie „Lichtenberg, wir sind da..." wurde gezeigt, dass in diesem Bezirk die Nazis nur unter massivem Polizeischutz aufmarschieren können.

Aber es gilt nach wie vor: Wir müssen Nazis dort bekämpfen wo sie sind, und nicht wo sie gewesen waren!!!

von Natalie aus Falkensee

Ein roter Sommer

Anfang August fand das REVOCAMP 2005 in Prag statt

Anfang August trafen sich – wie schon in den letzten zwei Jahren – Jugendliche aus Mitteleuropa in einem Prager Vorort, um über revolutionäre Politik zu diskutieren, Erfahrungen auszutauschen und sich im Kampf gegen den Kapitalismus zu vernetzen.

Während sich 2004 fast 100 AktivistInnen zusammenfanden, waren es in diesem Jahr nur etwa halb so viele. Das lag daran, dass die REVOLUTION-Gruppen aus West- und Nordeuropa diesen Sommer vor allem mit den Protesten gegen den G8-Gipfel Anfang Juli in Schottland zu tun hatten und deshalb nicht in Prag dabei waren. Die CampteilnehmerInnen kamen aus der BRD, Tschechien, der Schweiz und der Slowakei. Das reichte allemal aus, um vom 3. bis 7. August ein gut organisiertes und interessantes Treffen auf die Beine zu stellen.

Am ersten Tag gab es pünktlich 10.30 Uhr ein Eröffnungsplenum. Nach einem Referat zur aktuellen Weltlage stellten alle REVO-Gruppen ihre Aktivitäten kurz vor.

Diskutieren!

In den folgenden drei Tagen gab es zwischen 10 und 20 Uhr Seminare, deren Themen von grundlegender Theorie wie „Was ist Ausbeutung?" und „Was macht eine revolutionären Partei?" über „Antiimperialismus" bis hin zu „Rassismus" und „Freie Liebe" vieles behandelten, was nützlich und wichtig im Kampf gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Faschismus ist. Daneben gab es auch zahlreiche praktische Workshops, in denen Transparente gemalt, Selbstverteidigung geübt und Tipps für politische Reden gegeben wurden.

Besonders anschaulich ging es bei der Präsentation des Straßentheaters zu, das in einem Workshop erarbeitet wurde. Wer sich freiwillig meldete, durfte als Polizist einen alternativen Jugendlichen (ein ausgestopfter Pulli mit Rucksack) schikanieren. Für die miesesten Methoden (Einsatz von Schlagstock, unbegründetes Festhalten, Pfefferspray etc.) vergab die Jury die meisten Punkte. Wenn das Ganze in einer Fußgängerzone aufgeführt wird, kann die Aufmerksamkeit der PassantInnen auf das Thema Polizeigewalt gelenkt werden.

Nach 20 Uhr konnte man sich jeden Abend mit billigem Bier, guter Musik und Diskussionen und Gesprächen die Zeit zu vertreiben. Zum Unterhaltungsprogramm gehörte u.a. der Film „Land and Freedom", der den spanischen Bürgerkrieg aus der Sicht eines britischen Kommunisten darstellt. Highlight des Abendprogramms war allerdings das revolutionäre Jeopardy-Spiel, bei dem das Team mit dem klangvollen Namen „red & beautiful" den Hauptpreis absahnte.

Spielen!

Am Samstagvormittag wurde ein Planspielüber die spanische Revolution durchgeführt. Nach einer kurzen Einleitung bekam jedeR SpielerIn eine Rolle zugeteilt. Neben der Kommunistischen Partei Spaniens (also die Stalinisten) und der anarchistischen CNT versuchten auch die ehemals trotzkistische POUM sowie eine kleine trotzkistische Gruppierung (die Bolschewiki-Leninisten), ArbeiterInnen in einem fiktiven katalanischen Dorf von ihrer Politik zu überzeugen, um den Krieg gegen den faschistischen General Franco zu gewinnen.Alle SpielerInnen konnten frei agieren und waren nur zum Teil an die realen Ereignisse im Spanien der 30er Jahre gebunden.

Im Laufe der Simulation versuchten die Stalinisten mit der Volksfront-Strategie, ein Bündnis mit den bürgerlichen Republikanern aufrechtzuerhalten und die revolutionären Kräfte zu neutralisieren. Wie im realen Verlauf des spanischen Bürgerkrieges stellten sie sich gegen die Ausbreitung der sozialen Revolution und bekämpften die POUM, die CNT und die BL. Die linken Kräfte wiederum versuchten, die soziale Revolution voranzutreiben und den faschistischen Putsch durch die Enteignung der Kapitalisten entgegenzutreten. Während der zwei Stunden Spielzeit ging es ziemlich hektisch zu – alle rannten herum, schrieben und verteilten Flugblätter, organisierten spontane Meetings und riefen durch die Halle. Trotz des allgemeinen Chaos konnten alle TeilnehmerInnen Einblicke in die strategischen Überlegungen der verschiedenen Fraktionen und die Konflikte zwischen ihnen gewinnen.

Aufbauen!

Ein wichtiger internationaler Workshop behandelte die Frage, wie man REVO-Gruppen aufbaut. Dabei gab es vier Arbeitsgruppen, die über unsere Arbeit in verschiedenen Bereichen diskutieren: REVO-Zeitungen, Gruppentreffen, Demoblöcke, Sozialforen. AktivistInnen aus mehreren Ländern konnten Tipps und Tricks austauschen. (Siehe z.B. die Termin-Spalte in dieser Zeitung – die Idee stammt von unseren tschechischen GenossInnen.)

Nach dem Abschlussplenum am Samstagabend war das Camp offiziellbeendet. Wenige Tage danach gründeten einige AktivistInnen aus St. Gallen REVOLUTION Switzerland, die neunte REVO-Gruppe auf der Welt. Durch dieses internationale Treffen konnten wir auf unserem Weg, junge RevolutionärInnen aus aller Welt zusammen zu schließen, ein Stück vorankommen.

In den nächsten Jahren wird das REVOCAMP dazu da sein, Aktionen aller Art vorzubereiten, z.B. gegen den G8-Gipfel 2007, der in Mecklenburg-Vorpommern stattfinden wird.

von Tom aus Bernau

Repression gegen CzechTek

Bereits einige Tage vor Beginn des REVOCAMPs trafen sich einige Tausend im kleinen Ort Mlynec, Nähe der Grenze zu Bayern, umdie größte Technoparty Osteuropas zu veranstalten: CzechTek. Diese Art der alternativen und nicht-kommerziellen Jugendkultur ist offensichtlich Teilen der tschechischen Regierung ein Dorn im Auge.

Deswegen wurde mit vorgeschobenen Begründungen ein großangelegter Polizeieinsatz eingeleitet, bei dem 1000 gepanzerte Bullen mit Wasserwerfern und Tränengas gegen die Feiernden vorgingen und das Festival auflösten. Das Ergebnis waren 150 Verletzte und 1 Toter, der wahrscheinlich im Durcheinander der abreisenden FestivalbesucherInnen vor ein Auto geriet. Der Premierminister Jiri Paroubek rechtfertigte die brutale Aktion unter anderem indem er die CzechTek-BesucherInnen in einem Interview als „gefährliche Leute mit anarchistischen Neigungen" bezeichnete, die „sich Alkohol und Drogen hingeben".

In der folgenden Woche gab es überall in Tschechien Proteste und Demonstrationen gegen diese staatliche Repression. Auch für Samstag, den vierten Tag des REVOCAMPs, war eine Kundgebung in Prag angemeldet. Um ihre Solidarität mit den Opfern der Polizeigewalt zu zeigen, fuhren alle CampteilnehmerInnen gemeinschaftlich nach Prag. Auf dem Transparent, das wir in einem Camp-Workshop gemalt haben, stand: **„Dürfen wir nur Spaß haben, wenn ihr dabei PROFIT macht?"**



Join the REVOLUTION!

In allen großen Bewegungen der Vergangenheit war die Jugend der radikalste Teil. Wir von REVOLUTION sind eine kommunistische Jugendorganisation, die in Opposition zu Krieg, Sozialabbau, Rassismus, Sexismus, Armut, Hunger, Ausbeutung, Entfremdung, und Umweltzerstörung steht. Kurz: Gegen alles, was wir dem kapitalistischen System zu verdanken haben und gegen alles, was wir dem kapitalistischen System noch verdanken werden.

REVO ist eine internationale Gruppe. Wir sind weltweit organisiert, in neun Ländern auf drei Kontinenten. In Deutschland haben wir mehrere Ortsgruppen. Wir sind eine kleine Gruppe, aber unser Ziel ist es, eine revolutionäre Massenbewegung aufzubauen.

REVO unterstützt alle Kämpfe für eine bessere Welt, aber wir sind nicht der Illusion behaftet, dass die Kapitalisten ihren Reichtum und ihre Privilegien freiwillig, durch irgendwelche Wahlen abgeben werden. Um die Macht und den Reichtum der herrschenden Klasse zu erlangen, bedarf es einer revolutionären Umwälzung, die mit ihrer gesellschaftlichen Vormachtstellung bricht und sie der Mehrheit übergibt.

Wir lehnen Terrorismus und Einzelaktionen von Kleingruppen ab. Stattdessen versuchen wir, eine Massenbewegung aufzubauen, die ihre Stütze in der Mehrheit der Bevölkerung hat – der Arbeiterklasse. Denn die Arbeiterklasse hat kein Interesse daran, den Kapitalismus zu behalten und sie hat die Möglichkeit, dieses verfaulende System niederzuschmettern.

Wir bekämpfen jede Form von Diskriminierung und Unterdrückung, egal ob sie auf Geschlecht, Rasse, Nationalität oder Sexualität beruht. Diese Barrieren werden von den Kapitalisten genutzt, um uns zu spalten und unseren Kampf zu schwächen.

Wir sind Internationalisten, keine Nationalisten. Kapitalismus ist ein globales System, wir müssen es daher global bekämpfen. Dazu muss jede Landesgrenze und nationale Beschränktheit überwunden werden, um uns zu einer wahren globalen und vereinten Menschheit, ohne nationalistische Bigotterie, Kriege und Klassenaufspaltung, hinzubewegen.

Wir wollen Kapitalismus durch Sozialismus ersetzen, aber nicht durch den so genannten „Realsozialismus" des ehemaligen Ostblocks. Als die UdSSR 1989 unterging, war es nicht der Sozialismus der dahinschied, sondern der Stalinismus. Viele Errungenschaften der Oktoberrevolution wurden schon unmittelbar nach Lenins Tod rückgängig gemacht, und zwar im Namen einer neu entstanden Bürokratie, die den Status Quo wahren wollten und jede Opposition niederschlug.



REVO-TV (von den G8-Protesten)

Eine wirklich sozialistische Gesellschaft würde auf demokratischen Räten und demokratischer Planung der Wirtschaft auf Grundlage der menschlichen Bedürfnisse beruhen.

Alles bei REVOLUTION läuft demokratisch ab. Du wirst niemals von nicht gewählten Leuten herumkommandiert. Unsere Organisation gehört den Mitgliedern. Es gibt breit gefächerte Ansichten, Ideen und Interessen in REVO – jeder hat ein Mitspracherecht und wir regeln unsere Entscheidungen an der Basis. Wir gehören auch keiner Partei an und sind daher unabhängig.

Auf unserer Website findest du unser Manifest und ein Archiv unserer Zeitungen. Wenn du aktiv werden willst, schick uns eine Mail, schreib etwas in unserem Internetforum oder schau bei einem Treffen vorbei.

MOBILIZE!

Freitag, 9. September

„Haben wir eine Wahl?" Eine offene Diskussionsveranstaltung mit verschiedenen linken Jugendgruppen: REVOLUTION Berlin, Solid36, Antifa Brigade Berlin, Antifa Weißensee, WASG Jugend Pankow .
19.30 Uhr, Sama-Café, Samariterstr. 32

danach: Soliparty von REVOLUTION für den Kampf gegen die kommende Regierung

Samstag, 10. September

Demo gegen Naziläden in Marzahn
14 Uhr, S7 Marzahn
➞ **www.kein-verstecken.de**

Samstag, 17. September

„We will rock you" Demo gegen Naziläden, rechte Musik und rechte Lifestyles in Henningsdorf bei Berlin.
15 Uhr , Bahnhofsvorplatz, S25 Henningsdorf
➞ **www.we-will-rock-you.tk**

Sonntag, 18. September

Bundestagswahlen: Deine Stimme für die Linkspartei, deine Kraft für die Revolution!

Samstag, 24. September

„Rock für Links" Ein kostenloses Open-Air-Festival für linke Jugendkultur in Marzahn
U5 Cottbusser Platz

Samstag, 15. Oktober (voraussichtlich)

„Es kommt die Zeit... für eine linke Jugendbewegung" Linke Jugendkonferenz in Berlin, organisiert von der Linkspartei.PDS

weitere Termine für Berlin

➞ **stressfaktor.squat.net/termine.php**

ORGANIZE!

REVOLUTION berlin

jeden Samstag um 14 Uhr, Kiezladen
Dunckerstr. 14, S-Bhf Prenzlauer Allee
info@onesolutionrevolution.de
☎ 030 / 62 60 77 41

V.i.S.d.P. R. Müller, Hafenstr. 17, Hamburg

REVOLUTION bundesweit

bernau@onesolutionrevolution.de
muenster@onesolutionrevolution.de
osnabrueck@onesolutionrevolution.de
stuttgart@onesolutionrevolution.de

Dein Geld der REVOLUTION!

Bank: Postbank**; Konto:** 6475 84 100
BLZ: 100 100 10**; Stichwort:** REVO!

www.onesolutionrevolution.de

Ein paar Worte vom Layoutierer...

Wegen des Zeitdrucks vor der Bundestagswahl erscheint diese Ausgabe wieder in kopierter Form. Das ist schneller, billiger und leider etwas hässlicher. In einem Monat sind wir wieder da mit zwei Farben – bis dann wünschen wir frohes Lesen und frohes Kämpfen.

Berlin, den 2. September 2005

P.S. Danke an Helioth für das Titelbild

ich-bin-sauarm-Preis: **0,50 €**
mir-geht-es-nicht-schlecht-Preis: **1 €**
meine-Eltern-haben-Mercedes-Aktien-Preis: **100 €**

REVOLUTION

Zeitung der gleichnamigen kommunistischen Jugendorganistion ★ Nummer 13

We *tried to* shut down the G8

Vom 6. bis zum 9. Juli hat sich in Gleaneagles in Schottland die Machtclique um Bush, Blair, Berlusconi, Koizumi, Schröder, Chirac, Putin und dem kanadischen Typen, dessen Name niemand wusste, gesammelt. In einem Nobelhotel mit Golfkurs haben sie sich zurückgezogen, um ihre Bestrebungen für die weitere Aufteilung der Welt zwischen den imperialistischen Mächten und den multinationalen Konzernen zu verfeinern. Natürlich nicht zum ersten mal, nein dieses Häufchen traf sich mittlerweile zum 30. Mal! Wir kennen alle die unglaublichen Bilder aus Genua 2001 – z.B. von dem erschossenen Carlo Guiliani – wo sich die antikapitalistische Bewegung quer gestellt hat.

Als teil der antikapitalistischen Bewegung haben natürlich auch REVO UK und ein kleiner Teil von REVO Germany zu den Protesten in Edinburgh, Glasgow und Auchterade (dem Ort des Gleneagles Hotels) mobilisiert. Jedoch gab es nicht einen großen Gipfelsturm, sondern eine ganze Woche verschiedenster Proteste und Protestformen. Angefangen bei Bob Geldofs „Make Poverty History" Kampagne (hier bekannt als „Deine Stimme Gegen Armut"), die im Endeffekt nichts anderes tun wollte als den Protest der AntikapitalistInnenen zu verschleiern und in eine bürgerliche Spendenkampagne zu verwandeln, da Organisationen wie „Christian Aid" und ähnliche auftauchten um zu „protestieren", sprich die acht Jungs der G8 zu bitten, dass sie endlich mal den Armen helfen. REVO und andere linke Gruppen konnten hier aber gebührend stören, indem wir laut und deutlich unsere antikapitalistischen und antiimperialistischen Slogans den eintönigen Trillerpfeifen der bürgerlichen Demonstration entgegenbrachten. Wir nutzen das Motto „Make Capitalism History", weil wir glauben, dass man die Armut nicht aus der Welt schaffen kann, ohne das Privateigentum an Produktionsmitteln abzuschaffen.

Nach dem für die Medien inszenierten Protestspektakel gingen jedoch die wahren Demos los und ab dort war natürlich auch die ach so kooperative Zurückhaltung der Polizei dahin. Nach einem kleinen Warm-Up-Riot in Edinburgh am 5. Juli kamen Demos gegen den Krieg und die imperialistische Besatzung des Iraks, die Blockade eines Atomreaktors in Faslane und eine Kundgebung vor einem Abschiebeknast in Dungavel.

Am Mittwoch dem 6. Juli gab es eine Demo in Auchterade, die von der Polizei genehmigt, am selben morgen verboten und dann einige Stunden später wieder genehmigt wurde. Fast 10.000 Menschen demonstrierten zum sog. Sicherheitszaun, hinter dem die acht Jungs sich versteckt hatten. Während die meisten friedlich an dem Zaun vorbei marschieren wollten, haben REVO und andere radikale Gruppen versucht, zumindest symbolisch durchzubrechen. Erst als zusätzliche Schwadronen von Riot-Cops mit einem riesigen Chinook-Hubschrauber hineingeflogen wurden, war es mit diesem Protest eindeutig vorbei. Aber zumindest waren wir im Fernsehen!

Neben den Demos stand auch ein kompletter Gegengipfel der „G8 Alternatives" an, der zu Diskussionen über Imperialismus, Revolution und post-kapitalistischem einlud. Diese Konferenz sollte beweisen, dass die antikapitalistische Bewegung nicht bloß jene „Krawallmacher" sind, die Medienmogule wie Springer und Murdoch gerne diffamieren, sondern AktivistInnen mit wirklichen Alternativen zum globalen Kapitalismus.

von Domai aus Schöneberg

weitere Berichte von den Protesten auf unserer Website